

Entscheidend für die Entwicklung Europas waren und sind die Ergebnisse, die von den sozialistischen Staaten bei der Durchsetzung ihrer konstruktiven Außenpolitik erzielt werden konnten. Große Bedeutung haben zahlreiche bilaterale Vereinbarungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten unseres Kontinents, insbesondere die Vereinbarungen der UdSSR und Frankreichs, die im Ergebnis der Reise von L. I. Breschnew nach Paris im Oktober 1971 getroffen wurden. Mit ihnen wurde ein Modell geschaffen, wie Beziehungen der friedlichen Koexistenz dem beiderseitigen Vorteil und den Interessen des Friedens in ganz Europa dienen können.

Die Unterzeichnung der Verträge zwischen der UdSSR und der BRD sowie zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD im Jahre 1970 wirkt sich günstig auf die Entwicklung der politischen Lage in Europa aus. „Ihre Unterzeichnung — das wird immer besser verstanden —“ sagte Genosse Erich Honecker auf der propagandistischen Großveranstaltung am 10. März in Leipzig, „hat den Weg für wichtige positive Veränderungen in der Sphäre der europäischen Beziehungen freigelegt.“

Der Abschluß des Vierseitigen Abkommens über Westberlin im September 1971 bewies, daß es möglich ist, auch äußerst komplizierte Fragen der internationalen Politik einer Regelung zuzuführen, wenn diese auf der Respektierung der Realitäten beruht. So erklärten die USA, Großbritannien und Frankreich in verbindlicher Form, daß Westberlin kein Bestandteil der BRD ist, und sie nahmen die Völkerrechtssubjektivität und die souveränen Rechte der

DDR, nicht zuletzt die Integrität ihres Hoheitsgebietes, zur Kenntnis. Das zwischen der DDR und der BRD im Dezember 1971 Unterzeichnete Transitabkommen schließlich stellt den ersten völkerrechtlichen Vertrag zwischen diesen beiden Staaten dar, der auf den allgemeinüblichen Normen beruht, wie sie zwischen souveränen Staaten die internationale Praxis sind. Mit ihrer Geste des guten Willens, der vorzeitigen Inkraftsetzung von Bestimmungen des Transitabkommens wie auch der Vereinbarung der DDR mit dem Senat von Westberlin über den Besuch von Westberliner Bürgern in der DDR zu Ostern und Pfingsten hat die DDR erneut bewiesen, daß sie sich konstruktiv für die Entspannung in Europa einsetzt. Die abgestimmte Außenpolitik der

Gegnern der Entspannung keinen Spielraum geben

Im Interesse der Völker gilt es, die günstigen Chancen zu nutzen und den Gegnern der Entspannung keinen Spielraum für ihre völkerfeindliche Politik zu geben. Daß die Gegner der Entspannung ihre Manöver noch nicht aufgegeben haben, beweisen die Versuche einflußreicher NATO-Kreise zur weiteren Verzögerung der gesamteuropäischen Beratung.

Die verschärfte antikommunistische Hetze jener imperialistischen Kräfte, die nach wie vor in den Vorstellungen des kalten Krieges und in den Kategorien der Konfrontation von Blöcken denken, die Angriffe der revanchistischen Kräfte in der BRD gegen die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, wie auch die Forderung des Pentagons nach verstärkten Rüstungsanstrengungen der europäischen NATO-Partner zei-

gen, daß die Gefahren für weitgehend den Weg zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit gebnet.

Insgesamt kann man feststellen, daß die Zeit mehr als reif ist für den Beginn der multilateralen Vorbereitung zur gesamteuropäischen Beratung, wie dies der Vorschlag der Regierung Finnlands vorsieht. Noch 1972 kann die gesamteuropäische Beratung einberufen werden.

In der Prager Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages heißt es daher: „Das Jahr 1972 kann den europäischen Völkern nicht nur neue Hoffnungen auf dauerhaften Frieden und Sicherheit bringen, sondern auch reale Fortschritte bei ihrer Verwirklichung.“

Die höchste Pflicht aller Staaten ist es, dazu einen aktuellen Beitrag zu leisten.“

gen, daß die Gefahren für Frieden und Sicherheit in Europa noch keineswegs gebannt sind.

Gegen die sich anbahnende Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa richten sich auch die Versuche, den Sinn der gesamteuropäischen Beratung bzw. der zur Entscheidung stehenden Fragen zu verfälschen und durch verschärfte ideologische Diversion neuen Boden für Konflikte und Mißtrauen zu erzeugen. Dabei spielen im Arsenal des Antikommunismus heute Nationalismus, Entspannungsdemagogie und als „Notwendigkeit gründlicher Vordiskussionen“ getarnte Verschleppungstaktik eine erhöhte Rolle.

Besonders hohe Wogen schlagen die antikommunistische Hetze und die Verketzerung der europäischen Sicherheitskonferenz in der Debatte des